Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

132 (9.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belagblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 132 — Donnerstag, den 9. Juni 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskanzler verhandelte am Mittwoch mit Vertretern des preußischen Zentrums über die Ministerpräsidentenfrage.

*

Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof begann die mündliche Verhandlung in dem Prozeß, den die Signatarmächte wegen Verletzung des Memelstatuts gegen Litauen angestrengt haben.

*

Der Vorstand der Zentrumspartei faßte eine Entschließung, durch die er sich hinter Brünings Politik stellt und das neue Kabinett ablehnt.

*

Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie in Preußen nicht einen Reichskommissar sondern eine verfassungsmäßige Regierung anstrebe.

*

Reichsaußenminister von Neurath hatte in London Besprechungen mit Macdonald über Lausanne.

*

Ueber die Notverordnungen des neuen Reichskabinetts, die in nächster Zeit erscheinen sollen, wird mitgeteilt, daß eine Dreiteilung vorgenommen werden soll.

*

De Valera teilte am Mittwoch dem irischen Senat mit, daß die irische Regierung ihre Stellung zur Treueidsfrage nicht geändert habe und daß kein Grund vorhanden sei, die Verhandlungen des Senats zu verschieben. Der irische Senat nahm dann noch am Mittwoch abend im Ausschußstadium den ersten Teil des Gesetzes zur Abschaffung des Treueides an.

*

Der britische Ministerpräsident Macdonald und der Außenminister Simon werden am Samstag abend in Paris eintreffen, wo sie über den Sonntag bleiben werden. Sie werden sich mit dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Herriot über die beide Länder interessierenden Fragen unterhalten.

*

Wie verlautet, ist in den Sitzungen des englischen Kabinetts noch keine endgültige Entscheidung über die von England auf der Lausanner Konferenz zu verfolgende Politik gefallen. Das Kabinett sei sich darüber einig geworden, daß Deutschlands Behauptung, nicht mehr zahlen zu können, gerechtfertigt sei, solange die gegenwärtige Krisenlage bestehe.

*

Das amerikanische Staatsdepartement wendet sich in einer Erklärung erneut gegen die Streichung der Kriegsschulden.

Die Stellungnahme des Zentrums

Berlin, 8. Juni. Ueber die Sitzung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei wird ein Bericht ausgegeben, in dem es heißt, daß der Vorsitzende Dr. Kaas in seiner einleitenden Ansprache zum Ausdruck brachte, daß er nach wie vor in unerschütterlicher Treue zu jenem Mann stehe, der in den letzten Jahren der Exponent des deutschen Volkes gewesen sei. Dr. Kaas richtete an alle Parteifreunde den Appell, sich der Größe der Stunde gewachsen zu zeigen. Es komme jetzt weniger darauf an, wer Recht bekomme, als wer Recht habe. Der Tag werde kommen, wo auch die Männer der heutigen Regierung einsehen werden, daß sie nicht nur einen Umweg eingeschlagen hatten, sondern Irrwege gegangen seien. Er habe nirgends einen Zweifel darüber gelassen, daß er **die plötzliche Beendigung der Arbeit des Kabinetts Brüning für einen schweren Fehler halte.** Diejenigen, die immer nach der Macht gerufen hätten, hätten jetzt auch voll und ganz die Verantwortung übernehmen müssen. In der Aussprache nahm auch der Reichskanzler a. D. D. Brüning das Wort. Er dankte der Partei für die Unterstützung, die ihm während seiner Kanzlerschaft zuteil geworden ist, und gab einen Bericht über die Ereignisse der letzten Zeit. Seine Ausführungen wurden ergänzt durch den Reichsarbeitsminister a. D. Stegerwald und den Abg. Joos. Die Aussprache wurde mit der Annahme einer Entschließung beendet.

Berlin, 8. Juni. In einer Entschließung bekundet der Reichsparteivorstand sein **unerschütterliches Festhalten an den Grundlagen der Politik des bisherigen Reichskanzlers Dr. Brüning.** Die Linie dieser staatsmännischen Aufbauarbeit sei in einem besonders gefahrvollen Augenblick jäh unterbrochen und durch ein Experiment abgelöst worden, für das aus zwingenden Gründen **das Zentrum keinerlei Mitverantwortung übernehmen könne.** Dem scheidenden Reichskanzler Dr. Brüning, seinen Mitarbeiter Dr. Stegerwald sowie der Parteileitung und Reichstagsfraktion wird das Vertrauen ausgesprochen. Weiter wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Organisationen der Partei im Lande alles tun werden, um im kommenden Wahlkampf die Schlagkraft des Zentrums zu steigern.

Neue Preußen-Notverordnung

T.U. **Berlin,** 8. Juni. Die etwa zweistündige Kabinettsberatung des preußischen Kabinetts unter Vorsitz des geschäftsführenden stellvertretenden Ministerpräsidenten Hirtsiefer endete mit dem Beschluß einer preußischen Notverordnung aufgrund der Ermächtigung in der bekannten Reichsnotverordnung an die Länder, über die am späten Abend eine Veröffentlichung erfolgen soll. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Einführung einer gestaffelten Schlachtsteuer beschlossen worden ist, von der man etwa 80 Millionen Mark erhofft, ferner eine Belastung der preußischen Beamten in der Form, daß 2½ v. H. der Beamtengehälter in der Wirkung einer Staatsanleihe bezw. einer Zwangs-Sparanlage vom Staat einbehalten werden. Die preußischen Beamten werden dadurch allerdings schlechter gestellt werden als die Beamten im Reich. Man hofft jedoch, daß im Verfolg der Verhandlungen mit der Reichsregierung, die bekanntlich selbst eine Besteuerung in der Art von der vorigen Regierung geplanten Beschäftigtensteuer erwägt, die bisher üblich gewesene Parität in der Behandlung der Reichs- und Länderbeamten wieder hergestellt werden kann.

Der Inhalt der preußischen Notverordnung.

T.U. **Berlin,** 8. Juni. Die neue preußische Notverordnung ist noch nicht fertiggestellt. Wie der preußische Finanzminister Klepper am späten Abend in einer Pressekonferenz mitteilte, wird sie folgende Bestimmungen enthalten.

1. Eine Aenderung der Hauszinssteuerverordnung in der Weise, daß die Gemeinden eine Zuweisung von 160 Millionen Mark bekommen, mit der sie ihrerseits hilfsbedürftige Mieter unterstützen. Das bedeutet eine Ersparnis für die Staatsfinanzen, weil in Zukunft nur Wohlfahrtsunterstützte mit einem Existenzminimum von 700 bis 800 Mk. jährlich diese Vergünstigung erhalten, die bisher bis zu einem Existenzminimum von 1200 Mk. gewährt wurde.

2. Die Einführung der Schlachtsteuer ab 1. Juli. Dadurch wird der Ausfall der durch das Ausbleiben der Ausgleichszahlungen des Reiches herbeigeführt wurde, gut gemacht.

3. Gehaltseinbehaltung für alle preußischen Beamten und Angestellten, und zwar 2½ v. H. für Beamte mit Frau und Kindern, 5 v. H. für kinderlose und unverheiratete Beamte. Die Einbehaltung ist so gedacht, daß der Gehaltsanspruch aufrechterhalten bleibt. Die zurückgehaltenen Beträge werden monatlich mit Wirkung vom 1. Juli 1937 nachbezahlt, also in der Form, daß der Betrag, der am 1. Juli 1932 einbehalten wurde, am 1. Juli 1937 zurückgezahlt wird.

Um die Beamten sicherzustellen, ist für den Todesfall vorgesehen, daß der gesamte Betrag dann sofort zurückgezahl wird. Bei Angestellten wird der Gesamtbetrag nachgezahlt, falls der Angestellte vor Ablauf der fünf Jahre ausscheidet und ebenfalls sofort, wenn er ohne Versorgungsansprüche ausscheidet. Eine Uebertragbarkeit dieser Ansprüche der Beamten an den Staat ist für die Dauer der Sperrfrist ausgeschlossen. Durch diese Gehaltseinbehaltung sollen 26 Millionen RM. eingespart werden.

Minister Klepper beziffert den verbleibenden Fehlbetrag auf noch 24 Millionen RM., der durch neue Abstriche im Haushalt gedeckt werden soll. Der Finanzminister erklärte zum Schluß, daß die Kassenlage Preußens auf lange Sicht sichergestellt worden sei. Wenn nicht ganz unvorhergesehene Aenderungen der allgemeinen Wirtschaftslage kommen sollten, könne man die Kassenlage für die Dauer des Haushaltsjahres als gesichert betrachten.

Einzelheiten zur preußischen Notverordnung.

T.U. **Berlin,** 8. Juni. Zu der preußischen Notverordnung, die Finanzminister Klepper am Mittwoch abend der Presse zur Kenntnis gab — im Druck liegt sie noch nicht vor — können noch folgende Einzelheiten mitgeteilt werden:

Die Einbehaltung von 2½ bezw. 5 v. H. der Gehälter der Beamten, die für die preußischen Beamten gilt, ist auch den Gemeinden für die Gemeindebeamten zur Pflicht gemacht worden. Die einbehaltenen Beträge werden nicht verzinst. Die Frage, ob der Gehaltsabzug nach Ablauf von fünf Jahren aufhört, bezw. die alten Beamtengehälter wieder hergestellt werden, bleibt offen. Wegen der vom Reich geplanten Beschäftigungssteuer haben im Zusammenhang mit dem Gehaltsabzug für die preußischen Beamten keinerlei Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich stattgefunden.

Was die Aenderung der Hauszinssteuer angeht, so hatte der Haushaltsanschlag für die Hauszinssteuer einen Betrag von 540 Millionen RM. vorgesehen, wobei für Niederschlagungen infolge der Arbeitslosigkeit usw. von Mietern 160 Millionen RM. bereits in Abrechnung gebracht waren. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise mußte jedoch eine höhere Abrechnungssumme befürchten lassen. Durch die nunmehr vorgenommene Ueberweisung der 160 Millionen RM. an die Fürsorgeverbände, wodurch praktisch nur noch Einkommen in Höhe von 800 statt von 1200 RM. Hauszinssteuer frei bleiben, ist der Ausgleich erreicht und die Hauszinssteuereinnahme von netto 540 Millionen gesichert.

Die Schlachtsteuer ist der in Bayern gültigen Regelung entsprechend den dort zuletzt vorgenommenen Milderungen nachgebildet. Der Finanzminister hat die Ermächtigung, die Hausschlachtung von Schweinen von der Schlachtsteuer zu befreien, wovon er sofort Gebrauch machen wird. Der Tarif ist im einzelnen bei Schweinen, die 70 v. H. der Schlachtungen betreffen, folgender: Hausschlachtungen 2 RM. unter 30 Kilogramm steuerfrei, von 30 bis 75 Kilogramm 5 RM., von 76 bis 125 Kilogramm 8 RM., über 125 Kilogramm 10 RM. Die sächsischen Tarife (dort gilt das Schlachtgewicht sind vergleichsweise erheblich höher. Im übrigen glaubt der Finanzminister, nicht, daß die von den Interessentenverbänden gehegten Befürchtungen gerechtfertigt seien, zumal die in Bayern und Sachsen schon seit längerem bestehende Schlachtsteuer einen wesentlichen Einfluß auf die Preisbildung für den Verbraucher nicht gehabt habe.

Was die rechtliche Seite der nicht mehr möglichen Ausgleichszahlung des Reiches von 100 Millionen RM. angeht, so betonte der Finanzminister ausdrücklich, daß seitens des neuen Reichsfinanzministers, der auch in der vorigen Regierung die Angelegenheit behandelt habe, rein sachliche Erwägungen vorgelegen hätten, wie im übrigen die Haushalte des Reiches und Preußens bezüglich ihrer währungs- und wirtschaftspolitischen Wirkungen als eine Einheit zu betrachten und es sachlich immer nur auf den Ausgleich der Haushalte ankomme. Der Minister dementierte im übrigen, daß Verhandlungen mit einem Bankenkonsortium stattgefunden hätten. Der preußische Haushalt selbst wird nicht durch Notverordung in Kraft gesetzt, vielmehr denke die preußische Regierung, wie der Minister erklärte, nicht daran, dem Landtag die Verantwortung hierfür abzunehmen.

*

Die Preußenfrage

Reichsregierung hält an der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung fest

Berlin, 8. Juni. Zu den Erörterungen über die Regelung der Verhältnisse in Preußen und den Behauptungen von Plänen der Reichsregierung, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, wird von zuständiger amtlicher Seite mit allem Nachdruck betont, **es ist absolut falsch, daß der Reichskanzler und die Reichsregierung auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen zusteuern.** Im Gegenteil legen Kanzler und Reichsregierung den größten Wert **auf die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen,** und sie sind bereit, an der Bildung einer solchen Regierung mitzuarbeiten.

*

Besprechungen des Kanzlers mit dem preußischen Zentrum

Berlin, 8. Juni. Reichskanzler von Papen empfing am Mittwoch Mitglieder des Vorstandes der preußischen Zentrumsfraktion, um ihnen seine Wünsche bezüglich früherer Einberufung des Landtages zum Zwecke der Ministerpräsidentenwahl und der **Klärung der Lage in Preußen** zu unterbreiten. Die Unterredung war unverbindlicher Natur. Der Reichskanzler brachte lediglich allgemein die Geneigtheit der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zum Ausdruck, mit dem Zentrum in Preußen zusammenzuarbeiten. Nähere Bedingungen teilte er nicht mit, und so konnten ihm die Vertreter der preußischen Zentrumsfraktion auch **keine bindende Antwort** geben.

Gauleitertag der N. S. D. A. P.

Die Vorbereitung der Reichstagswahl.

T.U. **München,** 8. Juni. Die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. teilt mit: In München fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers und unter Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser ein Gauleitertag der N.S.D.A.P. statt, der sich insbesondere auch mit der organisatorischen Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagswahlen befaßte. Adolf Hitler legte in eingehenden Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Haltung der N.S.D.A.P. zu der durch den Sturz der Regierung Brüning neugeschaffenen politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind. Er wies auf die Bedeutung der Reichstagswahl als der Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre und ihrer Träger hin und trat dabei dem lächerlichen Versuch der Systemparteien, die Verantwortlichkeit für diese Politik von sich abzuweisen, scharf entgegen. Insbesondere kennzeichnete er dann die Erklärung der Mitglieder des abberufenen Kabinetts Brüning, wonach mit polizeilichen Mitteln allein den zersetzenden Kräften in unserem Volk nicht entgegengetreten werden könne, als ein ungewöhnlich dreistes Manöver angesichts der Tatsache, daß gerade die Regierung Brüning zwei Jahre lang mit diesen Mitteln die nationalsozialistische Freiheitsbewegung in der brutalsten Weise unterdrückt habe. Gegenüber den separatistischen Gerüchten, die durch die Reden verantwortungsloser bayerischer Politiker genährt werden, gab Adolf Hitler der Auffassung der N.S.D.A.P. und des ganzen deutschen Volkes dahin Ausdruck, daß jeder Versuch eines Anschlages auf die Einheit des Reiches an dem entschlossenen Widerstand der Nationalsozialistischen Bewegung zerbrechen werde.

Die Ausführungen Hitlers fanden ihren Niederschlag in der einmütigen Willenskundgebung der Versammelten, die Einheit und Geschlossenheit der N.S.D.A.P., ihre innere Kraft und äußere Kampfbereitschaft nur um so mehr zu stärken, je mehr der endgültige Sieg der Bewegung in greifbare Nähe gerückt sei. Der Reichswahlleiter Minister a. D. Dr. Frick gab anschließend die Anweisungen für die technische Durchführung der Wahlvorbereitungen. Der Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, der organisatorische Richtlinien im einzelnen gab, stellte für die organisatorische Arbeit der nächsten Zukunft den Leitsatz auf: Die Schlagkraft der Organisation so zu vervollkommnen, „daß keine Macht der Welt mehr die N.S.D.A.P. vom Sieg zu trennen vermag".

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Der Wahlkampf beginnt!

Gewiß ist, daß es ein Wahlkampf von beispielloser Heftigkeit wird, und die Regierung hat beschlossen, daß dieser Wahlkampf von beispielloser Heftigkeit acht Wochen dauern soll! Begreife es, wer kann. Rücksichten auf die Reisezeit und vor allem auf die Ernte werden für die unnötige Hinausschleppung der Entscheidung angeführt. Aber weder die Reisezeit noch die Ernte sind Vorgänge, die bürokratischer Regelung unterliegen und am 31. Juli als abgeschlossen gelten können, weil es so verordnet wird. Wer auf Reisezeit und Ernte die Rücksicht nehmen wollte, die im Bereiche des Möglichen liegt, der müßte den Wahltermin so früh wie möglich ansetzen. Und wenn man denn schon am 26. Juni nicht glaubte festhalten zu dürfen, dann blieb immer noch der 3. Juli, der Tag, den die stärkste Partei, die Nationalsozialisten, empfohlen hatten. Hielte man sich daran, dann käme der weitaus größte Teil der Reisezeit und der Erntezeit außerhalb des Wahlkampfes zu liegen.

Diese Wohltat hat die Regierung dem deutschen Volke versagen zu müssen geglaubt, indem sie nicht den denkbar frühesten, sondern den denkbar spätesten Termin wählte. Sie hat den Wunsch ausgesprochen, nach ihren Taten beurteilt zu werden. Aber sie wird sich nicht beklagen dürfen, wenn sie für diese ihre Tat von keiner Seite Dank erntet, zumal auch unter dem Gesichtspunkte, daß ein unnötig verlängerter Wahlkampf auch dem Geiste der Sparsamkeit widerspricht, der alle Maßnahmen der Behörden in dieser Notzeit leiten sollte.

Im selben Augenblick, da die Regierung den Wahltermin endlich bekannt gab, ist auch schon der Wahlkampf eröffnet worden, so schreiben die „Leipz. N. Nachrichten", und zwar durch ihren Vorgänger, das Kabinett Brüning. Man macht von der Erklärung, womit Herr Brüning zugleich im Namen sämtlicher Mitglieder seines Kabinetts vor die Oeffentlichkeit getreten ist, unseres Erachtens zu viel Aufhebens, wenn man sie durchaus zu einer Sensation stempeln möchte. Das geschieht aus einer Auffassung der Dinge heraus, die dem Wandel der Zeiten nur ungenügend Rechnung trägt. Die Auffassung, daß abtretende Minister zum Schweigen verurteilt seien, ist in einer demokratischen Republik doch einfach nicht mehr haltbar. Wenn wir ehrlich sein wollen: sie war es schon unter der Monarchie nicht mehr. Bismarck hat sich im Ruhestande den Mund nicht verbieten lassen, und Wilhelm der Zweite und seine Minister haben nicht gewagt, gegen den Reichsgründer vorzugehen, so sehr sie unter seinen Angriffen auch zu leiden hatten.

Und wenn man mit Recht einwenden kann, Bismarck sei eine Ausnahmeerscheinung gewesen, für die das normale Maß nicht gelte, so ist hinzuufügen: auch Bülow hat seine Entlassung nicht schweigend hingenommen. Er hat unmittelbar an seinen Rücktritt einen scharfen Angriff gegen die geknüpft, die ihn gestürzt haben. Und dieser Angriff schließt mit dem vielberufenen Wort: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!" Auch das hat die monarchische Regierung sich gefallen lassen müssen. Wenn aber die Frage, ob monarchische Minister nach ihrer Verabschiedung reden dürfen oder zu schweigen haben, umstritten sein mag, so liegen in einer demokratischen Republik die Dinge doch grundsätzlich anders. In Großbritannien — das im Grunde nichts anderes ist, als eine demokratische Republik mit einem erblichen Präsidium an der Spitze — wird der abtretende Ministerpräsident automatisch Führer der Opposition. Er kann dem Parlament sagen, was er zur Sache seines Rücktritts etwa noch zu sagen hat, und das Volk ist damit gegen Geheimniskrämerei und Geheimdiplomatie ausreichend geschützt.

Dabei ist in Großbritannien, dem Mutterlande des Parlamentarismus, eines nicht üblich: daß die neue Regierung die abtretende in ihrer Regierungserklärung unmittelbar angreift. Das war auch in Deutschland bisher nicht üblich. Im Gegenteil, man bekomplimentierte sich höchstens ein wenig im Interesse der Staatsautorität. Hier hat das Kabinett Papen ein Novum eingeführt: Es fügte seiner Regierungserklärung ohne zwingenden Grund einen scharfen Tadel gegen das Kabinett Brüning ein. Darauf würden Herr Brüning und seine Minister — zu denen, man soll es nicht vergessen, auch so weit rechtsstehende Leute wie Schiele und Schlange-Schöningen gehören — vermutlich erwidert haben, wenn es im Reichstag zur Aussprache über die Regierungserklärung gekommen wäre.

Dazu aber ist es nicht gekommen. Der Reichstag ist, ohne noch einmal zusammengetreten zu sein, aufgelöst worden! Es war also nicht nur das gute Recht des verflossenen Kabinetts, solidarisch vor die Oeffentlichkeit zu treten und sich dem Angriff des neuen Kabinetts zu stellen, es war seine Pflicht, der Oeffentlichkeit Rechenschaft abzulegen über die Dinge, die die Erklärung des neuen Kabinetts vor aller Oeffentlichkeit so schwer getadelt hatte. Man hätte annehmen dürfen, daß das neue Kabinett auf die Erwiderung des alten die Antwort nicht schuldig bleiben werde; die Regierung von Papen will aber auf eine Entgegnung verzichten. Das ist bedauerlich, denn nunmehr ist es der Oeffentlichkeit erschwert, sich ein Bild davon zu machen, was hinter den Kulissen vorgegangen ist. Daß uns diese Möglichkeit geboten wird, soll man aber nicht für ein Unglück halten.

Es ist weder nötig noch wünschenswert, daß der achtwöchige Wahlkampf ausschließlich mit Verdächtigungen und Beschimpfungen der Gegner untereinander bestritten wird. Jeder ordentliche Wahlkampf sollte ein geistiger Ringkampf sein. Das kann er aber nur werden, wenn die, die ihn auszufechten haben, klar sehen, worum es geht. Darin erblicken wir den großen Vorzug einer Auseinandersetzung zwischen alter und neuer Regierung, daß sie uns die Möglichkeit, klar zu sehen, verschaffen muß. Wenn beispielsweise schon das Kabinett Papen einen Teil der Notverordnung des Kabinetts Brüning zu übernehmen entschlossen ist, so kann es doch nichts schaden, wenn uns das Kabinett Brüning vorher noch darüber aufklärt, was in seiner Notverordnung hätte stehen sollen.

Wird die Auseinandersetzung in den Formen weitergeführt, wie sie eröffnet worden ist, so kann das Volk der deutschen Wähler nur Gewinn daraus ziehen.

Der Arbeitsmarkt

5,5 Millionen Arbeitslose im Reich

Berlin, 8. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai 1932 hat die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt von Mitte bis Ende Mai sich mit etwas größerer Beschleunigung fortgesetzt. Während im vorigen Berichtsabschnitt die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 64 000 abgenommen hatte, war sie **Ende Mai um rund 92 000 geringer** als am 15. d. M. Der damit erreichte Stand von **rund 5 583 000 Arbeitslosen liegt jedoch** um etwa 1,5 Millionen über dem Stande zur gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem winterlichen Höchststand (Mitte März) ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 546 000 zurückgegangen. Träger der Entlastung sind weiterhin fast ausschließlich die Saisonaußenberufe, auf die 75 Prozent des Rückganges in der Berichtszeit entfallen, während in den übrigen Berufsgruppen bei lebhafter Bewegung im einzelnen keine wesentliche Entlastung im ganzen eingetreten ist. In der Versicherung war die Abnahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mit rund 64 000 geringer als in der ersten Hälfte des Monates (rund 92 000). Die Abnahme in der Krisenfürsorge war mit rund 52 000 verhältnismäßig größer als man annehmen konnte. In beiden Einrichtungen zusammen wurden am 31. Mai **rund 2 658 000 Arbeitslose unterstützt,** und zwar rund 1 076 000 in der Arbeitslosenversicherung, 1 582 000 in der Krisenfürsorge. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug Ende Mai rund 2 086 000 gegenüber rund 2 019 000 Ende April. Sie hat also entgegen der allgemeinen Bewegung zugenommen.

*

Noch 312 000 Arbeitslose in Württemberg und Baden

Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1932

Die Gesamtbelastung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des Mai **um rund 11 000 Arbeitslose abgenommen.** Das bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern vorgemerkte Angebot an verfügbaren Arbeitsuchenden ist von 323 022 Personen in der Mitte des Mai auf 312 039 am Ende des Monats um 2.4 v. H. zurückgegangen; von dem Gesamtbestand an Arbeitsuchenden entfielen 127 814 auf **Württemberg** und Hohenzollern und 184 216 auf **Baden.** Von den Arbeitsuchenden waren 297 920 als arbeitslos anzusehen, und zwar 120 334 in Württemberg und 177 586 in Baden. Die Arbeitslosenzahl war Ende Mai in diesem Jahre um 37 v. H. größer als im vorigen Jahr bei 215 607 Arbeitslosen zur gleichen Zeit. Im Jahre 1930 waren Ende Mai 135 076 Arbeitslose gezählt worden und Ende Mai 1929 waren es nur 79 178 gewesen. Die Belastung der Unterstützungseinrichtungen ist in der Arbeitslosenversicherung um 3850 Hauptunterstützungsempfänger und in der Krisenfürsorge um 7152 zurückgegangen. Der Stand an Hauptunterstützungsempfänger war nach der Statistik der Arbeitsämter vom 31. Mai 1932 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 69 156 Personen (47 540 Männer, 21 616 Frauen), in der Krisenfürsorge 91 669 Personen (76 326 Männer, 15 343 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten ist um 11 002 Personen oder um 6.4 v. H. nämlich **von 171 827 Personen** (132 932 Männer, 38 895 Frauen) **auf 160 825 Personen** (123 866 Männer, 36 959 Frauen) **gefallen;** davon kamen auf **Württemberg** 67 558 gegen 71 408, auf **Baden** 93 267 gegen 100 419 am 14. Mai 1932.

Aus der französischen Kammer

Mehrheit für Herriot

Paris, 8. Juni. Die Regierung hatte sich mit den Sozialisten auf eine Tagesordnung geeinigt, die feststellt, daß das Haus von der Regierung eine Politik erwarte, die dem in der Regierungserklärung zum Ausdruck gekommenen Wunsche der Mehrheit des Volkes entspreche. Der Führer der Sozialisten, Leon Blum, erklärte die Gründe, die seine Partei veranlaßten, für die Regierung zu stimmen. Es handele sich vor allem darum, gegen die Reaktion zu stimmen. Tardieu wurde beim Besteigen des Rednerpultes von der Mehrheit mit Huh-Rufen und von seinen Anhängern mit Beifallsklatschen empfangen. Er warnte die augenblickliche Mehrheit davor, Wechsel auf zu lange Sicht auf die jetzige Regierung zu ziehen, da seit Kriegsende auf einen Wahlsieg der Radikalen stets ein solcher der Rechtsgruppen gefolgt sei. Die Stellungnahme der Fraktion Tardieu zum Kabinett sei abhängig davon, ob Herriot verspreche, in Genf die gleiche Abrüstungspolitik wie er, Tardieu, zu betreiben oder nicht. Herriot erwiderte auf in der Aussprache gestellte Fragen u. a., die Behandlung Elsaß-Lothringens werde nie von derjenigen aller anderen französischen Provinzen abweichen. In der Außenpolitik werde die Regierung die großen Richtlinien Briands fortsetzen. Herriot dankte den Sozialisten für ihre Unterstützung. Seine Partei müsse sich aber Handlungsfreiheit vorbehalten. Auf die Frage Tardieus erklärte der Ministerpräsident, daß seine Auffassung über die Abrüstungsfrage in der Regierungserklärung ausführlich behandelt worden sei. Er werde der bisherigen Haltung der französischen Regierung, sowohl derjenigen Tardieus wie auch derjenigen Briands treu bleiben.

Die Vertrauens-Tagesordnung fand Annahme. **384 Abgeordnete stimmten für Herriot und nur 115 gegen ihn.** 110 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, während fünf nicht an der Abstimmung teilnehmen konnten. Die Mehrheit, die Herriot auf sich vereinigte, beträgt demnach 269 Stimmen.

*

Das Echo

„Petit Parisien" meint, die Regierungserklärung atme den entschlossenen und vernünftigen Geist des großen Staatsmannes, der sie erfaßt habe. „Journal" hätte der Regierung angesichts der bevorstehenden Konferenzen eine noch stärkere Mehrheit gewünscht. „Oeuvre" begrüßt die Haltung der Sozialisten und hofft auf eine Fortdauer des vor den Wahlen eingegangenen Bündnisses der beiden Linksparteien. „Populaire" ist über das Scheitern des Vorstoßes, den Tardieu für die Reaktion geführt habe, erfreut. Im Gegensatz zu den Aeußerungen der Linkspresse greifen die rechtsstehenden Zeitungen Herriot zum Teil scharf an. „Echo de Paris" wirft der Regierungserklärung Verwaschenheit und Geheimniskrämerei vor. Das Blatt benutzt seine kritische Würdigung der Regierungserklärung gleichzeitig zu einem Angriff gegen Deutschland. „L'Ordre" nennt die Regierungserklärung ein Kompromiß zwischen sozialistischen und kapitalistischen Interessen.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 9. Juni.

Bad. Landestheater: „Schneider Wibbel", 20—22¼ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Es war einmal ein Walzer", 7 und 9 Uhr.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[28

Na, ich sage dir, George, hier ist das schon schlimm mit all den gesellschaftlichen Vergnügungen. Aber wir sind Waisenkinder gegen die Londoner. Die englische Hauptstadt hat sich überhaupt enorm entwickelt.

Was den Verkehr und das Leben in der Stadt anlangt, könnte man oft meinen, man sei in Neuyork. Und auch die Verbrecherwirtschaft hat große Aehnlichkeit mit der unseren. Auch drüben wimmelt es von Mördern und Dieben. Nur, es kommt mir fast vor, als ob Scotland Yard noch tüchtigere Beamte habe als wir hier in Neuyork. Ich hab' mich immer wieder gewundert, wie fix die Beamten in London arbeiten."

Edward Grailing fiel ein:

„Alles in allem hast du recht, Hugh! Unsere Leute arbeiten recht gut. Aber dazwischen kommt es auch immer wieder vor, daß irgendein Fall ganz verzweifelt aussieht, daß man gar keine Fortschritte macht, daß man vor verschlossenen Türen steht. Du weißt ja selbst, woran ich denke. An diesen scheußlichen Mord an Lady Wilson."

„Ja, ich weiß, Edward, diese Sache macht dir viel zu schaffen. Du mußt nämlich wissen, George, daß Edward seinen Urlaub dazu benutzen will, in Amerika kriminalistischen Fragen nachzugehen. Er hat es sich in den Kopf gesetzt, eine Mörderin aufzufinden, die er in Amerika verborgen wähnt. Die schöne Ellinor Grey will er entdecken, die Lady Wilson in London umgebracht hat."

John Frank-Murray war alles Blut zum Herzen geschossen, als Lady Wilsons Namen zum ersten Male gefallen war. Es war gut, daß die drei Herren mit sich und mit ihren Erzählungen beschäftigt waren und nicht auf den jungen Menschen geachtet hatten; seine Erregung hätte ihnen sonst zweifellos auffallen müssen.

John biß die Zähne zusammen, seiner Erregung Herr zu werden. Jetzt galt es, Fassung zu bewahren. Kein Mensch durfte ihm im geringsten seine Erregung anmerken.

Hugh Bruce hatte einen Augenblick in seiner Erzählung aufgehört, um sich eine Zigarre anzustecken. George wandte sich an Lord Grailing.

„Oh, das scheint ja ein interessanter Fall zu sein, Lord Grailing. Wollen Sie uns nicht etwas darüber berichten?"

„Ja, gern, wenn es Sie interessiert! Es werden jetzt bald zwei Jahre vergangen sein, als diese edle Frau ermordet wurde — eine Wohltäterin der Menschen, weit über England hinaus bekannt. Ganz London war empört über diese verruchte Tat.

Es war ein Verbrechen, das auch den abgebrühtesten Juristen aufrüttelte, weil es so unsinnig und so entsetzlich war. Man steht bis heute noch vor einem Rätsel. Die Polizei und der Bruder der Ermordeten setzen alles daran, dieses Rätsel zu lösen, ohne daß man bisher den geringsten Erfolg erzielt hätte. Man weiß nur, daß die Vorleserin der Lady, ein junges Mädchen namens Ellinor Grey, die Tat begangen hat.

Neulich hofften wir, einen Fingerzeig zu bekommen. Man hatte Ellinor Grey in Verbindung gebracht mit einem Londoner Kaufmann Charlie Hickson. Einem mit allen Wassern gewaschenen Menschen, einem langgesuchten internationalen Verbrecher, der in London den ehrsamen Kaufmann mimte und nur durch einen Zufall entlarvt werden konnte. Heute weiß man auch, daß er früher schon einige Jahre in Sing-Sing zugebracht hatte.

Es gab eine sensationelle Gerichtsverhandlung, als sein letzter Rieseneinbruch verhandelt wurde. Und man hoffte, bei dieser Verhandlung auch etwas aus ihm herauszubekommen über Ellinor Grey. Aber der Mann war aalglatt; es nützte kein Kreuzverhör, er tat, als ob er den Namen dieser Frau nie in seinem Leben gehört hatte.

Dabei wissen wir, daß Ellinor Grey ein Jahr lang seine Geliebte war; aber das kann uns nichts nützen, damit können wir nichts anfangen. Ob das Mädchen gewußt hatte, daß Charlie Hickson eigentlich Charles Carew hieß und bei uns wie in Amerika etliche Mordtaten und andere hübsche Sachen auf dem Kerbholz hat, das wissen wir nicht.

Wir wissen auch nicht, wie weit Charles Carew an der Ermordung der Lady Wilson beteiligt ist. Zwei seiner Komplicen, die vielleicht eher ausgesagt hätten, konnten unglücklicherweise entkommen.

Wir tappen also in dieser Mordsache noch immer im Dunkeln, wenigstens, was Ellinor Greys Aufenthalt betrifft. Ich bin zum großen Teil auch deshalb mit Hugh herübergekommen, um in den gut assortierten Erkennungsbüchern der Neuyorker Polizei mir mal ein wenig die Bilder zu besehen; vielleicht, daß ich hier etwas über Ellinor Grey finde, vielleicht, daß sie schon damals mit Charlie Hickson zusammengearbeitet hat."

John Frank-Murray war plötzlich aufgesprungen. George sagt:

„Ja, John, das ist ein bissel viel für deine zarten Nerven — nicht wahr? Schauerlicher als eine erdichtete Detektivgeschichte."

„Und dieser ... Hick ... Hickson, so heißt er doch wohl, der sitzt jetzt im Zuchthause?"

„Ja, wir haben ihn wegen des letzten Diebstahls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen in England begangenen Mordtaten konnten ihm nicht bewiesen und er konnte dafür auch nicht abgeurteilt werden."

John war wieder in einen Sessel gesunken. Lord Grailings Erzählung hatte ihn begreiflicherweise fast bis zur Unerträglichkeit angestrengt. Jetzt saß er da, und Tausende von Gedanken rasten durch seinen Kopf. Charlie Hickson saß im Zuchthause, war noch eher von seinem Geschick ereilt worden als Ellinor Grey, der er die Grube gegraben hatte.

Wenn dieser Mann da wüßte, wen er vor sich hatte! Daß er jener Ellinor Grey gegenübersaß, die er als Mörderin suchte und die doch unschuldig war!

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg